

GRÜNRAUM

DONAUSTADT

September 2019



WEN WÜRDE DAS KLIMA WÄHLEN?

Heidi Sequenz, Leonore Gewessler, Werner Kogler und Lukas Hammer bei den Stammersdorfer Weintagen

Liebe Leserin, Lieber Leser,

Wie soll Österreich 2030 ausschauen? Wie wäre es mit einem Land, in dem Umwelt und Klimaschutz ernst genommen werden? In dem es ein flächendeckendes ÖFFI-Netz gibt und wo der Strom aus der Steckdose zu 100 % aus erneuerbaren Energie kommt? Wie wäre es mit einem Österreich in dem Großkonzerne die gleichen Steuern zahlen müssen wie Kleinbetriebe und sich alle Menschen die Miete leisten können? Wie wäre es mit Transparenz und sauberer Politik, die nicht von Großspendern gekauft ist? Ein Land, in dem Frauen und Männer den gleichen Lohn für die selbe Arbeit bekommen? In dem alle

Menschen, egal wen sie lieben und egal woher sie kommen die gleichen Grundrechte haben? Wo alle Kinder die gleichen Bildungschancen hätten und es keine Kinderarmut mehr gäbe? Wie wäre es mit einem Grünen Österreich? Das Grüne Wahlprogramm zeigt wie es geht! Um dieses umzusetzen müssen wir wieder im Parlament vertreten sein und das möglichst stark! Deshalb kann Ihre Stimme für die Grünen am 29. September viel bewirken!

**Schenken Sie uns Ihr Vertrauen!
Wählen Sie am 29. September Grün!**

HEIDI SEQUENZ
Klubobfrau Grüne DonauStadt

**#ZURUECKZUDENGRÜENEN
NATIONALRATSWAHL
29. SEPTEMBER 2019**

Die Grünen stehen für → Klimaschutz
→ Saubere Politik → Gerechtigkeit
Mit euch haben wir die Möglichkeit,
unsere Zukunft zu gestalten!

Österreichische Post AG SP 02Z034599 S
Die Grünen Wien, Würtzlerstraße 3/3, 1030 Wien
Retouren an Postfach 555, 1008 Wien
„Newsletter 09/2019“



© Wolfgang Zajc

Frage: Am 29. September wird nach dem Ibiza-Skandal und dem Bruch der türkis-blauen Regierung neu gewählt. Warum soll jemand gerade jetzt die Grünen wählen?

Werner Kogler: Wir Grüne stehen für saubere Umwelt, saubere Politik und Gerechtigkeit, aber wir stehen auch für klare Haltung: Wir Grüne wollen Kinderarmut bekämpfen, nicht arme Kinder; den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken, nicht die Gesellschaft spalten. Und wir setzen uns ein für echte Transparenz, für gläserne Parteikassen und für wirksame Kontrolle. Die vorige Regierung hat mit ihrer Politik oftmals und vor allem die eigenen Freund*innen und Klientel bedient. Wir Grüne wollen die Interessen Österreichs und seiner gesamten Bevölkerung wieder klar in den Vordergrund stellen. In der abgelaufenen Legislaturperiode haben die

WEN WÜRDE DAS KLIMA WÄHLEN?

Werner Kogler im Interview über dringend notwendige Maßnahmen für eine saubere Umwelt und eine saubere Politik.

Grünen im Nationalrat gefehlt. Unser Ziel ist es, dorthin zurückzukehren. Wir treten an, um treibende Kraft für saubere Umwelt und saubere Politik zu sein. Um die Zukunft mit all ihren Chancen mit Leidenschaft zu gestalten. Zukunft ist, was wir draus machen. Zukunft wird aus Mut gemacht!

Frage: Wie soll die Klimakrise aufgehalten werden? Wie schaut das Programm der Grünen aus?

Werner Kogler: Ein Anfang ist der sofortige Stopp von klimaschädlichen Subventionen, etwa für Diesel oder Flugbenzin. 20 Prozent der Transit-Lkw fahren nur durch Österreich, weil der Diesel bei uns so billig ist. Mein Wunsch wäre, innerhalb der nächsten Legislaturperiode etwa acht Milliarden Euro über eine ökologisch-soziale Steuerreform umzuverteilen. Wer energieintensiv und umweltschädlich produziert und konsumiert, soll mehr zahlen, wer umweltfreundlich lebt, soll entlastet werden. Das Geld soll mittels eines Klimabonus an die Bürger*innen zurückverteilt werden. Und wir sollten zum Beispiel die pervers organisierte Pendlerpauschale umstellen. Öffi- und Radfahrer*innen sollten mehr kriegen.

Frage: Wie sieht das Maßnahmenpaket gegen Kinderarmut aus?

Werner Kogler: Erstens wollen wir die türkisblauen Sozialhilfekürzungen bei einkommensschwachen Familien rückgängig machen. Auch der Familienbonus bevorzugt Eltern, die viel verdienen. Ich möchte einen gleich hohen Absetzbetrag für jedes Kind in Österreich. Außerdem bedeutet der Kampf gegen Kinderarmut Investitionen in die Schulen und Kindergärten, damit es endlich mehr Chancengerechtigkeit gibt. Da haben Türkis und Blau als ideologische Wiederholungstäter das Rad zurückgedreht.

Frage: Ist die jüngste Novelle der Parteienfinanzierung ausreichend für die Grünen?

Werner Kogler: Die Spendenbegrenzung war überfällig, das ist positiv. Das Problem ist, dass strengere Kontrollen durch den Rechnungshof und Sanktionen fehlen, wenn sich Parteien nicht daran halten – das ist ein Manko und wirkt schlawinerisch. Außerdem gehören auch strafrechtliche Bestimmungen gegen illegale Parteienfinanzierung her.



NATIONALRATSWAHL 2019

DIE WIENER KANDIDAT*INNEN

Wir dürfen präsentieren: Das ist unser Wiener Team für die kommende Nationalratswahl!



© Steffi Freyenschlag

1

**LUKAS
HAMMER**

- Geb. 1983 in Wien, verheiratet, zwei Töchter
- Studium der Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Umwelt
- Zwei Jahre in Brüssel beim Europäischen Umweltbüro (ein Dachverband europäischer Umwelt-NGOs)
- sowie beim Europäischen Verbraucherschutzverband (2009–2011)
- Danach sechs Jahre als Umweltreferent im Grünen Parlamentsklub
- Seit August 2017 umweltpolitischer Sprecher bei Greenpeace



© Steffi Freyenschlag

2

**EWA
DZIEDZIC**

- Politologin, Dolmetscherin und seit 20 Jahren politische Aktivistin
- Seit 2015 Mitglied des Bundesrates
- Mitglied im Wiener Landesvorstand
- Sprecherin der Grünen Frauen und der Grünen Andersrum
- Vorsitzende des Vereins zur Unterstützung Grüner MandatarInnen im Bundesrat und Europaparlament
- Im Bundesvorstand der Grünen



© Steffi Freyenschlag

3

**SIGI
MAURER**

- Geb. und aufgewachsen in Tirol
- Hauptschule im Stubaital, HBLA in Innsbruck
- Ab 2004 Studium und ÖH-Arbeit an der Uni Innsbruck
- Von 2009 bis 2011 ÖH-Vorsitzende während #unibrennt
- Ab 2011 Studium der Soziologie, abgeschlossen 2017
- 2013 bis 2017 Abgeordnete zum Nationalrat, Wissenschaftssprecherin
- Mitbegründerin der Grünen Frauen Österreich
- Seit März 2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin am IHS, Higher Education Research
- Kommunikatorin des Jahres 2018



© Lorenz Seidler

4

**EVA
BLIMLINGER**

- Historikerin
- 1991 Gleichbehandlungsbeauftragte der Rektorenkonferenz
- 1992–1998 Öffentlichkeitsarbeit an der Angewandten
- 1999–2004 Forschungskoodinatorin der Historikerkommission
- 2005–2011 Projektkoordination an der Angewandten
- seit 2011 Rektorin der Akademie der bildenden Künste
- seit 2018 Präsidentin der uniko – die mittlerweile umbenannte „Rektorenkonferenz“
- Für die Grünen Publikumsrätin ORF (2007–2017), Beirätin der Grünen Bildungswerkstatt



© Steffi Freyenschlag

5

**FAIKA EL-
NAGASHI**

- Politologin, politische Aktivistin und Politikerin
- Geb. 1976 in Budapest/Ungarn
- Ungarisch-ägyptischer Familienhintergrund mit Wiener Home-Base
- Seit 1996 auf nationaler und europäischer Ebene aktiv im Bereich Menschenrechte, Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit
- Schwerpunkte: Menschenrechte, Migration, Integrations- und Diversitätspolitik, Entwicklungszusammenarbeit, Intersektionalität und LGBTIQ-Rechte
- Seit 2015: Wiener Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete, Integrations- und Menschenrechtssprecherin



© Verena Moser

6

**MERI
DISOSKI**

- Geb. 4. 10. 1982 in Wien
- Studium der Germanistik und Französisik
- Berufliches: Journalistin (u. a. derStandard.at); wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Wien
- Geschäftsführerin einer NGO im Integrationsbereich
- Büroleiterin im Ressort für Klimaschutz, Verkehr, Stadtplanung und -entwicklung
- Grünes: seit 2013 Aktivistin & seit 2015 Bezirksrätin in Währing, 2015–2017 Mitglied des Landesvorstands und der Landeskonferenz, seit 2017 Delegierte zum Bundeskongress der Grünen Wien



© Steffi Freyenschlag

7

**ALEV
KORUN**

- Geb. 1969, aufgewachsen in Istanbul
- Mit 19 Übersiedlung nach Tirol fürs Studium der Politikwissenschaft & Gender Studies an den Unis Innsbruck & Wien
- Parallel zum Studium Rechts- und Sozialberaterin für MigrantInnen, seither ehrenamtliches Engagement bei Antirassismus- & Menschenrechtsorganisationen.
- Expertin für Menschenrechte, Minderheiten & Migration im Grünen Parlamentsklub
- Danach Menschenrechtssprecherin im Wiener Gemeinderat und im Parlament bis Oktober 2017
- Eine elfjährige Tochter



© Steffi Freyenschlag

8

**MARKUS
KOZA**

- Geb. 12. 12. 1970 in Linz, verheiratet, ein Sohn
- Studium der Volkswirtschaft (WU Wien), Ökonom, Gewerkschafter
- Bundessekretär der AUGÉ/UG – Alternative, Grüne & Unabhängige GewerkschafterInnen, für die UG in ÖGB-Vorstand und -Bundesvorstand
- Klubobmann auf der Wieden, Mitglied der Landeskonferenz
- Mitbegründer von ATTAC Österreich
- Leidenschaftlicher Pilze-Sucher, großer Freund kleiner unbehaarter Tiere (Amphibien, Reptilien, Insekten)
- Hobby-Historiker und begeisterter Vater



WIEN WÄCHST – MUSS DAS SEIN?

Speziell in der Donaustadt erleben die BürgerInnen hautnah, dass es starken Zuzug nach Wien gibt. Die gängige politische Antwort auf dieses Phänomen von Rot und Grün ist das verstärkte Bereitstellen von leistbarem Wohnraum.

Diese Vorgangsweise bewirkt, dass die Mieten in Wien im noch leistbaren Rahmen bleiben, vor allem verglichen mit anderen europäischen Metropolen. Und ja, das ist sozialpolitisch das richtige Vorgehen. Und auch ökologisch richtig, denn die Alternative ist ein weiteres Anwachsen der Gemeinden um Wien und damit auch erhöhtes Mobilitätsbedürfnis und noch mehr Tagespendlertum.

ATTRAKTIVES WIEN

Was aber, wenn wir innehalten und das Phänomen breiter betrachten? Denn warum wird es als gegeben betrachtet, dass Wien wächst? Zunächst ist das ja etwas Positives, denn es beweist die Attraktivität Wiens. Große Städte – vor allem wenn sie es schaffen eine gute medizinische Versorgung, einen funktionierenden öffentlichen Verkehr sowie leistbare Bildung bereitzustellen – haben eine Anziehungskraft, die sich selbst nährt und immer stärker wird je größer die Städte werden. Diese Anziehungskraft kritisch zu hinterfragen macht natürlich keine

Stadtverwaltung, weil dieses Wachstum ja Bestätigung des eigenen Strebens nach optimalen Verhältnissen darstellt. Verständlich. Aber ich denke es ist doch notwendig, die Hintergründe zu erforschen und diese zu verändern.

WARUM ALSO ZIEHEN MENSCHEN NACH WIEN

Wenn wir uns die persönlichen Geschichten ansehen, die wir kennen, dann kommen die meisten wegen Arbeit oder Studium nach Wien, finden einen Job, eine Wohnung, eine/n Lebenspartner_in und bleiben sozusagen picken. Viele sehnen sich schon nach der Gegend, in der sie aufgewachsen sind zurück, weil sie ihrer Heimatgemeinde verbunden sind. Aber dort gibt es keine Arbeitsplätze. Wenn es nicht zu weit ist, und der Baugrund leistbar (oder zumindest wesentlich leistbarer als in Wien) ist, wird ein Haus gebaut und dann beginnt ein Pendlerdasein. Menschen verbringen jeden Tag 2 Stunden und mehr im Auto um diese Distanz zu überbrücken.

ARBEITSPLÄTZE IN BUNDESLÄNDERN SCHAFFEN

Was wäre, wenn es im Waldviertel, im Südburgenland, in der östlichen Steiermark verstärkte Jobangebote gäbe? Es pendelt ja niemand gerne und verbringt Stunden über Stunden mit Wegzeit. Das Ziel sollte also neben der Investition in günstiges Wohnen vor allem mehr Investitionen in die Entwicklung des ländlichen Raumes sein.

Am Beispiel Niederösterreichs sehen wir, dass genau das nicht passiert, sondern alle Energie und viel, viel Geld in den Ausbau des Straßennetzes gesteckt wird. Scheinbar sind alle zufrieden damit, dass Arbeitskraft nach Wien abwandert und die Kaufkraft in Shopping Center, die die Gegend verschandeln und noch mehr Verkehr erzeugen. Da liegt das Problem und es wird Zeit, dass die umliegenden Bundesländer verstärkt an der Attraktivität ihres Arbeitsplatzangebotes arbeiten.

■ **Hannes Lager**
Bezirksrat Grüne Donaustadt



DIE DONAUSTADT ERSTICKT IM PENDLERVERKEHR

- WIE KANN DIE POLITIK VERBESSERUNGEN HERBEIFÜHREN?

Eine erste Maßnahme wäre mehr Arbeitsplätze in NÖ und Burgenland zu schaffen. Menschen aus Eisenstadt, Zwettl, Mistelbach und Neunkirchen gehen sicher lieber in ihren Heimatorten ihrem Beruf nach, als nach Wien einzupendeln. Diese langen Fahrten zu vermeiden wäre der beste Weg, den Pendlerverkehr zu verringern. Hier ist NÖ und der Bund gefordert! Investitionen in Jobs statt in Autobahnen! Solange diese Arbeitsplätze im Umland fehlen, muss die Mobilität der PendlerInnen gewährleistet werden. Dabei hat der Schutz der Umwelt und die Lebensqualität der DonaustädterInnen oberste Priorität. Also konsequent den öffentlichen Verkehr ausbauen, so wie

Wien das macht, mit einer Jahreskarte für nur 1 Euro pro Tag. Warum soll das nicht im ganzen VOR möglich sein? Natürlich muss man dafür Geld in die Hand nehmen. Das ist auch offensichtlich in Hülle und Fülle vorhanden. Denn der Ruf nach einer sinnlosen, aber sündteuren Autobahn durch das noch wunderbar stille Waldviertel ist sehr laut. Da fragt keiner „Wer soll das bezahlen?“ Der Ausbau der ÖFFIs ist aber jeden Cent wert, weil das der einzige Weg ist, mit dem beschränktem Platz innerhalb der Stadt umzugehen. Was ist der Grüne Vorschlag? 365 Euro Jahreskarte auch für NÖ und Burgenland und gleich dort bei den Bahnhöfen Park&Ride Anlagen errichten.

Begleitend muss der Bahnverkehr nach Wien verdichtet werden. Es braucht eine City Maut und die Einführung des Parkpickerls in jenen Gegenden der Donaustadt, die vom Pendlerverkehr besonders betroffen sind. Übrigens, nur 4 % der donauquerenden Einpendler sind reiner Transit, alle anderen wollen nach Wien HINEIN. Welchen Sinn hat da eine Lobauautobahn um € 3.000.000.000? Die Menschen haben ein Recht auf Mobilität! Aber nicht den Anspruch 80 kg Körpergewicht mit 2 Tonnen Blech zu befördern. Das schont weder die Umwelt noch die Geldbörse!

■ **Julia Sachs**
Bezirksrätin Grüne Donaustadt

DAS TIERSCHUTZFORUM STELLT SICH VOR



Im Sommer 2018 trafen sich engagierte TierschützerInnen, um sich innerhalb der Grünen auszutauschen. Schnell waren sich alle einig: Es braucht ein Forum, um dieses Grundanliegen der Partei wieder verstärkt in den Fokus zu rücken. Im Dezember darauf folgte die Gründung des Grünen Tierschutzforums.

Ob Haustier, Nutztier oder Wildtier, jedes Geschöpf findet Beachtung. Tierschutz ist ein emotionales, sensibles und oft auch polarisierendes Thema.

Derzeit bearbeitet das Tierschutzforum die Themen Maulkorbpflicht, Pferde in Wien und das Beschaffungswesen der Stadt Wien betreffend Bio-Nahrungsmittel für öffentliche Einrichtungen. Vorrangiges Ziel ist es, innerhalb und außerhalb der Grünen Partei Aufklärungsarbeit zu leisten und tierschutzpolitische Maßnahmen zu erkämpfen.

GESUNDE UND ÖKOLOGISCH ERZEUGTE NAHRUNGSMITTEL IM FOKUS

Kopenhagen ist Vorreiter in Sachen Bioqualität für Nahrungsmittel in öffentlichen Einrichtungen, das Konzept der dänischen Hauptstadt sollte auch für Wien Vorbildwirkung haben. Im Fokus stehen neben der schrittweisen Erhöhung des Anteils biologisch erzeugter Lebensmittel auch Regiona-

lität und Kostenneutralität gegenüber dem Status quo. Die Stadt Wien mit ihrem hohen Anteil an Bio-Landwirtschaft sollte die Erfüllung dieser Kriterien leicht möglich machen.

WERTSCHÄTZUNG VON LEBENSMITTELN UND ACHTUNG VOR TIEREN

Es formiert sich immer stärkerer Widerstand gegen die Wegwerfmentalität und die Bedingungen der Massentierhaltung der letzten Jahrzehnte. Längst sind biologische Erzeugnisse keine Nischenprodukte mehr, gesunde und fleischreduzierte Ernährung wird immer populärer. Es tut sich was in den Köpfen der Leute, und das ist gut so. Eine sich verändernde Einstellung zum eigenen Konsumverhalten verändert letztendlich auch die Lebensbedingungen von Tieren zum Positiven.

■ **Christopher Huber**
Aktivist Grüne Donaustadt



„STÄDTE WIE WIEN KÖNNEN ZUR LÖSUNG DER KLIMAFRAGE WERDEN“

Unser neuer Planungssprecher im Landtagsklub, Peter Kraus, schreibt in einem Gastbeitrag über grüne Stadtplanung im Zeitalter der Klimakrise.

Die **Klimakrise** kommt langsam aber sicher in der öffentlichen Debatte dort an, wo sie schon lange hingehört: Ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Viel zu lange wurde Klimapolitik ungefähr so diskutiert: Klimakrise, Energiewende – das sind technische Diskussionen, viel zu abstrakt und weit weg, die mit der Lebensrealität vieler Menschen nichts zu tun haben. Man hatte fast den Eindruck, es ist eine Entschuldigung, dass Politik und Institutionen nicht handeln können, weil alles viel zu kompliziert ist.

Das ist jetzt anders. Das ist vor allem seit der Häufung von Hitzewellen anders. Der Juli 2019 war der heißeste Monat der Messgeschichte. Immer mehr Hitzetage und Tropennächte wurden in den vergangenen Jahren in Wien gemessen. Seitdem folgt ein Monat mit krass überdurchschnittlichen Temperaturen auf den anderen. Und immer mehr Menschen spüren diese Veränderung. Sie spüren, dass der eigene Kreislauf die Hitzephase nicht mehr so gut aushält.

Auch die Landwirtschaft spürt die Veränderung, weil längere Dürrephasen die Ernte gefährden und es leider sehr wahrscheinlich ist, dass sich Österreich bald nicht mehr in einem Ausmaß mit eigenem Gemüse versorgen kann, wie das bislang noch möglich war. Die Wiener Landwirtschaft hatte durch die Hitzewelle im Sommer 2018 Ernterückgänge von 15 %. Wenn wir es in Zahlen ausdrücken: 8 Millionen Euro Schaden alleine in Wien. Für 2019 droht eine ähnliche Bilanz.

Dass jetzt entschiedenes Handeln angesagt ist, ist spätestens klar, seit **tausende junge Menschen freitags auf die Straße gehen**. Nicht nur bei uns in Wien, überall auf der Welt. Sie alle gehen auf die Straße, weil sie zurecht einfordern, dass die ältere Generation endlich handelt.

Wenn tausende Schüler_innen für ihre Zukunft die Schule schwänzen, dann können wir in der Politik wenigstens unsere Hausaufgaben machen.

Drei Punkte, die zeigen, wie Grüne Planungspolitik auf diese Herausforderung reagiert:

→ ENERGIEEFFIZIENZ

Die **Steigerung der Energieeffizienz** ist der **Schlüssel** zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele. Es ist in Zukunft notwendig mit bedeutend weniger Energie auszukommen und so einen wesentlichen Beitrag nicht nur zum Klimaschutz, sondern auch zur langfristigen Sicherung unserer Energiesysteme zu leisten. Im Frühjahr 2019 haben wir auf Grüne Initiative das SEP 2030 (Städtisches Energieeffizienzprogramm) beschlossen, das mit 24 konkreten Maßnahmenpaketen den Energieverbrauch pro Kopf bis 2030 um 30 % senken wird.

→ STADTPLANUNG IST AKTIVE KLIMAPOLITIK

Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt bereits in Städten, bis 2050 werden es zwei Drittel sein. Auch Wien wächst

und hat durch vorausschauende Stadtplanung bereits heute im Bundesländervergleich mit Abstand die wenigsten CO₂-Emissionen pro Kopf, den geringsten Energieverbrauch, den geringsten Flächenverbrauch. Um aus dem Fossilen Zeitalter auszusteigen, gehen wir auch in der Planung weiter: im Grünen Planungsressort werden derzeit „Klimaschutzgebiete“ erarbeitet. Das sind Gebiete, in denen nur mehr ökologische Heiz- und Warmwassersysteme erlaubt sind. Kein Öl, kein Gas in der Stadt der Zukunft. Stattdessen werden Stadtteile klug und effizient geplant. „Klimaschutz“ ist seit Jahresbeginn auch ein gesetzliches Ziel der Stadtentwicklung, weil wir das in der Novelle der Bauordnung festgehalten haben.

→ LEBENSQUALITÄT IN ZEITEN DER KLIMAKRISE

Die Klimakrise wirft soziale Fragen auf: wer kann in den kommenden Hitzesommern in unserer Stadt noch ein gutes Leben führen? Nur mehr jene, die sich Klimaanlage und private Gärten leisten können? Oder schaffen wir es, die Stadt so an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen, dass alle davon profitieren? Das bedeutet: mehr Schatten, mehr Grün im öffentlichen Raum, Hitzeeinseln in der Stadt abkühlen, Straßenbäume pflanzen.

Grüne Planungspolitik ist genau das, was die Klimakrise von uns fordert: konkretes Handeln für ein gutes Leben und ein intaktes Klima.

ERINNERUNGEN AN HAINBURG 1984

Elfriede Fröschl – Im Dezember 2019 jährt sich zum 35. Mal die erfolgreiche Besetzung der Hainburger Au! Bis zu 4.000 Menschen besetzten bei teils eisigen Temperaturen den Auwald und verhinderten so dessen Zerstörung durch ein Kraftwerk. Im Mai 2019 wanderte ich mit über 100 AktivistInnen der Grünen in die Au.



Für mich persönlich ein Anlass für aufregende Erinnerungen an den Dezember 1984. Ich unterstützte damals, als junge Frau und Studentin, die Ziele der AubesetzerInnen und war selbst mehrmals in der Au.



DER WEG VON ZWENTENDORF IN DIE AU

In den 1970er-Jahren entwickelte sich die Antikernkraftbewegung mit dem Slogan „Atomkraft Nein Danke“. Im November 1978 verhinderte ein Volksentscheid die Inbetriebnahme des bereits gebauten Atomkraftwerks Zwentendorf. Die österreichische Politik setzte daraufhin auf den Ausbau der

Wasserkraft, so sollte bei Hainburg an der Donau ein Wasserkraftwerk entstehen. Dieses hätte die Hainburger Au, eine naturbelassene Flusslandschaft an der Donau, unwiederbringlich zerstört. Der Widerstand gegen das Kraftwerk begann Anfang der 1980er Jahre mit vereinzelt Protesten von Bürgerinitiativen und regionalen UmweltaktivistInnen.

VOM STERNMARSCH ZUM WEIHNACHTSFRIEDEN

Kreative Aktionen – AktivistInnen verkleideten sich für eine Pressekonferenz als Tiere der Au – machten eine breite Öffentlichkeit auf die Besetzung aufmerksam. Dennoch stellte der damalige Naturschutz-Landesrat Ernest Brezovsky am 5.12.1984 eine Bewilligung für den Bau des Kraftwerks aus. Der Weg für Rodungsarbeiten war frei. Am 8.12.1984 kam es anlässlich eines Sternmarsches zu den ersten Aubesetzungen, die die Rodungsarbeiten verhinderten.

Am 19.12. wurde versucht die Au zu räumen, wobei es zu schweren Zusammenstößen kam, die auch Verletzte forderten. Am selben Tag demonstrierten in Wien ca. 40.000 Menschen, worauf vom damaligen Bundeskanzler Sinowatz der Weihnachtsfriede erklärt wurde. Der umstrittene Wasserrechtsbescheid der niederösterreichischen Regierung wurde aufgehoben und zwei Jahre später der Nationalpark gegründet.

VON DER AU IN DEN NATIONALRAT

Was können wir aus dieser Geschichte lernen? Ziviler Ungehorsam, gepaart mit Kreativität und Mut, kann durchaus erfolgreich sein. Mit in der Au waren damals die Gründungsmitglieder der „Grünen Alternative“, die dann im Jahr 1986 erstmals in den österreichischen Nationalrat einzog. Über 30 Jahre später ist das Thema Umwelt jenes, das die Menschen am meisten bewegt. Dafür stehen die Grünen, sowie für soziale Sicherheit und Unbestechlichkeit. Von den kreativen Aktionen der AubesetzerInnen sollten wir lernen, ihnen ist es ohne digitale Medien gelungen, viele Menschen für ihr Anliegen zu mobilisieren. Nicht zuletzt soll uns die Besetzung der Hainburger Au auch ermutigen, die Untertunnelung des Nationalparks Lobau mit ungeahnten Folgen zu verhindern.



Zeltdorf während der Besetzung der Hainburger Au



■ **Elfriede Fröschl**
Ehem. Aubesetzerin und
Aktivistin bei den Grünen
Donaustadt



An einem wunderbaren Spätsommertag luden die Grünen Donau-
stadt zum Sommerausklang am Copa Beach, einer der schönsten
Plätze in Wien. Dementsprechend viele Leute lernten uns kennen und
tauschten sich mit uns und einigen Kandidatinnen für die kommende
Nationalratswahl aus. Wir schafften ein Fest ohne lange Reden von
PolitikerInnen, das Programm war die Ideen und Anliegen unserer
Gäste zu erfahren. In sehr persönlichen Gesprächen tauschten wir uns
über leistbares Wohnen, den Ausbau von Öffis, eine Kehrtwende im
Klimaschutz und viele andere Themen aus. Wir warben für ein grünes
Österreich.

#zurückzudengrünen



*Meri Disoski, Kandidatin für die kommende Nationalratswahl
und Kristina Allram, Fan der Grünen Donaustadt*

Impressum:

Medieninhaberin und Herausgeberin:
Die Grünen – Grüne Alternative
Wien, Würtzlerstraße 3/3, 1030 Wien
Redaktionsteam: Heidi Sequenz, Thomas
Tröbinger, Peter Wiecec
Fotos, wenn nicht anders angegeben:
Heidi Sequenz
Druck: Druckerei Bösmüller,
2000 Stockerau
Gedruckt nach der Richtlinie
des Österreichischen Umwelt-
zeichens „Schadstoffarme
Druckerzeugnisse“.

Die Daten stammen aus der
Wählerevidenz.



UW785

DIE RADRETTUNG ALS „VORHAND“ ZUR BEACHPARTY



Wen würde das Klima wählen?

Sicher auch RadfahrerInnen, da diese
sich nachhaltig und klimaschonend
fortbewegen. Am 30. August am Copa
Beach wurde nicht nur gefeiert, sondern
es wurden auch Räder gerettet, be-
gleitet von anregenden politischen
Gesprächen.

Diese wirklich gelungene Kombination
verlangt nach einer Wiederholung im
August 2020!